

**Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2014
in den Kreistag am 21. Oktober 2013**

Landrat Helmut Riegger

- Es gilt das gesprochene Wort –

„Hohe Rücklagen trotz Investitionen“

„Zuführungsrate gegenüber dem Planansatz verdoppelt“

„Sehr erfreuliche Entwicklung in 2012“

„Gewerbesteuereinnahmen haben sich nahezu verdoppelt“

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

das waren in den letzten Wochen die Botschaften unserer Städte und Gemeinden im Schwarzwälder Boten. Ich habe sie gerne gelesen, zeigen sie doch, dass die gute Konjunktur auch bei den Kommunen im Landkreis Calw angekommen ist.

In Deutschland sprudeln die Steuereinnahmen, die wirtschaftliche Lage ist gut, auch für nächstes Jahr wird ein Wachstum vorhergesagt. Die Zahl der Erwerbstätigen nimmt stetig zu, die Arbeitslosenquote ist sehr erfreulich niedrig. Die mittelständischen Unternehmen im Landkreis profitieren von ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer Innovationskraft und stehen im regionalen, europäischen und weltweiten Wettbewerb gut da. Davon konnte ich mich auch bei meinen Firmenbesuchen selbst überzeugen.

Die Rahmenbedingungen also stimmen. Was aber haben wir selbst getan, um als Landkreis unsere Stellung im Wettbewerb mit anderen Landkreisen zu festigen?

- Wir haben die **Tourismus GmbH Nördlicher Schwarzwald** gegründet – ein wichtiger Meilenstein für eine ganzheitliche touristische Vermarktung unseres schönen Landkreises. Dadurch soll der Wirtschaftsfaktor Tourismus im Landkreis gestärkt und mit allen Akteuren ein touristisches Profil entwickelt und am Markt etabliert werden.

- Die **Wirtschaftsförderung** hat den vom Kreistag beschlossenen Aufgabenkatalog weiter umgesetzt und wird auch im nächsten Jahr in bewährter Art und Weise die Schnittstelle zwischen öffentlicher Verwaltung und heimischer Wirtschaft bilden.

Der Ausbau der Vermarktungsaktivitäten und Netzwerkveranstaltungen sind geplante Projekte. Ebenso ist ein Strategiefindungsprozess zwischen Wirtschaftsförderung und Wirtschaft geplant, da dies von den Unternehmern vielfach gefordert wurde.

Die Durchführung der Imagekampagne, ein zusätzlicher Messeauftritt bei einer Immobilienmesse mit den Kommunen, das Projekt Breitbandausbau, eine weitere Intensivierung der Fördermittelberatung sowie eine Fortsetzung der Investorenfindung sind operative Projekte im Jahr 2014.

- **Europa:** Mit zunehmender europäischer Integration wird es immer wichtiger, dass Kommunen und Landkreise ihre Europaarbeit professionalisieren. Dies hat der Landkreis Calw mit der Besetzung der neuen EU-Stelle vor einem Jahr getan. In kürzester Zeit hat sich bereits gezeigt, dass diese Entscheidung richtig war.

Folgende Schwerpunkte hat sich die EU-Stelle für 2014 gesetzt:

- zentrale Informations- und Anlaufstelle zu europäischen Themen
 - Information und Beratung zu Förderprogrammen
 - Initiierung, Begleitung und Koordinierung konkreter Förderprojekte
 - Vernetzung mit anderen Europaakteuren und Europabeauftragten
 - Kontaktvermittlung zu geeigneten Ansprechpartnern
- Beim wichtigsten Zukunftsprojekt für den Landkreis, der **Hermann Hesse Bahn** Calw – Weil der Stadt – Renningen, haben wir nun Klarheit. Nach langwierigen und dann doch schwierigen Verhandlungen ist nicht der Bund, sondern das Land unser Verhandlungspartner. Wir sind nun auch endlich einen wichtigen Schritt weiter gekommen. Die Standardisierte Bewertung ergibt auf der Grundlage der mit dem Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg abgestimmten Eingangsparameter für den elektrischen Fall rund 1,1, für den Dieselbe-

trieb rund 1,4. Jetzt kann die Standardisierte Bewertung samt dem Erläuterungsteil fertiggestellt werden.

Ich möchte an dieser Stelle Herrn Verkehrsminister Hermann und seinen Mitarbeitern für die konstruktive und ergebnisorientierte Zusammenarbeit herzlich danken. Nun müssen wir beherzt und zielorientiert die nächsten Schritte angehen und die Planung vorantreiben, damit wir bis 2019 das Projekt abgerechnet haben. Für die Kreistagssitzung im Dezember werden wir den GVFG-Antrag vorlegen.

- Im Frühjahr hat uns das Thema **Nationalpark** im Schwarzwald stark beschäftigt – mit einer für den Landkreis Calw bisher unbekannten emotionalen Diskussion. Der Nationalpark wird leider nicht auf unserer Gemarkung eingerichtet. Letztlich müssen wir nun beobachten, wie sich der Nationalpark touristisch und wirtschaftlich im Nachbarlandkreis entwickelt.
- Im September haben wir beim größten Hochbauvorhaben des Landkreises, der **Aufstockung des Kreisberufsschulzentrums Nagold**, das Richtfest gefeiert. Wir investieren 1,6 Mio. EUR – ein deutliches Zeichen für die duale Ausbildung im Kreis.
- Ebenfalls im September hat das **Wirtschaftsgymnasium in Nagold** seinen Betrieb mit 30 Schülerinnen und Schülern aufgenommen. Das ist wahrlich ein Meilenstein für unser Schulzentrum in Nagold. Dafür haben sich der Kreis und die Wirtschaft viele Jahre eingesetzt.
- Am 15. September haben sich der Landkreis, Organisationen und Institutionen sowie zahlreiche Kommunen auf dem Erlebnistag anlässlich des **40-jährigen Landkreisjubiläums** rund um das Landratsamt präsentiert. Mehrere tausend Besucher haben sich über die verschiedensten Aufgaben des Landkreises informiert. Eine rundum gelungene Veranstaltung, mit der wir Werbung für den Landkreis und seine Arbeit gemacht haben. Ich darf an dieser Stelle nochmals allen Akteuren für ihre Mitwirkung und ihr Engagement herzlich danken.

Vor einer Woche haben wir hier im Kreistag das Gutachten zur strategischen Ausrichtung der Kreiskliniken Calw und Nagold vorgestellt. Am Wochenende hat sich das Bürgerforum in Wildberg-Schönbronn intensiv mit dem Gutachten befasst. Die Teil-

nehmer haben sich mit großer Mehrheit für die Variante 3 plus ausgesprochen. Also Neubau des Krankenhauses in Calw mit einer qualitativ hochwertigen Grundversorgung einschließlich Herzinfarkt- und Schlaganfallversorgung und der Neurologie. Die Orthopädie geht nach Nagold in das dortige Krankenhaus mit Schwerpunktversorgung.

An dieser Stelle möchte ich den Teilnehmern des Bürgerforums für die offene und faire Diskussion und für die Ausarbeitung der Empfehlungen an den Kreistag sehr herzlich danken und meinen Respekt und Hochachtung ausdrücken.

Mit den Kreiskliniken werden wir uns auch in Zukunft weiter beschäftigen. Der Landkreis steht zur öffentlichen Trägerschaft seiner Kliniken. Die hohen Verluste sind jedoch dauerhaft nicht zu tragen. 2013 stellen wir 4 Mio. EUR und 2014 4,4 Mio. EUR zur Verlustabdeckung bereit.

Hier die konkreten Auswirkungen auf Gemeinden im Landkreis:

Gemeinde	Einwohner	Kreisumlage 2013	davon für Kreisklinken
Bad Herrenalb	7.398	2.193.387	172.520
Altensteig	10.738	4.304.182	338.544
Bad Liebenzell	9.281	2.733.658	215.015
Bad Wildbad	10.397	3.126.615	245.923
Calw	23.263	7.496.493	589.635
Nagold	22.489	8.439.862	663.835
Oberreichenbach	2.811	776.473	61.073
Ostelsheim	2.436	767.684	60.382
Schömburg	8.478	2.634.622	207.225
Simmozheim	2.832	866.010	68.116
Wildberg	9.884	3.221.346	253.374
.....			
Summen	156.815	50.855.171	4.000.000

Wir haben reagiert:

1. Grefe-Gutachten – Ergebnisverbesserung in diesem Jahr um 3,5 bis 4 Mio. EUR
2. Gesundheitskonferenz
3. Bürgerforum
4. GÖK-Gutachten.

Diesen Aufwand betreiben wir, um auch weiterhin den Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises eine stationäre medizinische Versorgung auf einer finanziell gesicherten Basis anbieten zu können.

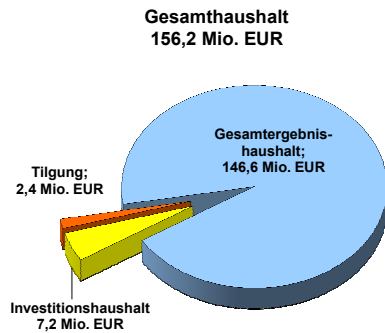
Das jetzt vorliegende Gutachten ist in meinen Augen ein gutes Konzept für die kommenden 10 Jahre. Die anstehenden Investitionen (eventueller Neubau in Calw sowie Sanierung und Renovierung in Nagold) sind jedoch auch mit Belastungen für den Kreishaushalt verbunden.

Warum berichte ich Ihnen von allen diesen Initiativen und Projekten? Sie mögen daran erkennen, dass wir als Landkreis die drängenden Aufgaben nicht nur definiert haben, sondern uns auch gezielt darum kümmern. Vieles davon geschieht mit Ihrer Unterstützung, wofür ich dankbar bin. Ihnen und uns muss aber auch klar sein, dass uns keine Zeit zum Zurücklehnen bleibt. Die Anforderungen an einen modernen und leistungsfähigen Landkreis nehmen quasi täglich zu. Diesen Erwartungen müssen wir uns stellen, dafür die notwendigen Strukturen schaffen und ausreichend Finanzmittel bereitstellen. Vor diesem Hintergrund lege ich Ihnen heute den Haushaltsplanentwurf für 2014 vor.

Haushaltsplanentwurf 2014

Der Gesamthaushalt hat ein Volumen von 156,2 Mio. EUR, davon der Gesamtergebnishaushalt mit 146,6 Mio. EUR und der Investitionshaushalt (Gesamtfinanzhaushalt) mit 7,2 Mio. EUR sowie die Tilgung von Darlehen mit 2,4 Mio. EUR.

Schaubild Gesamthaushalt

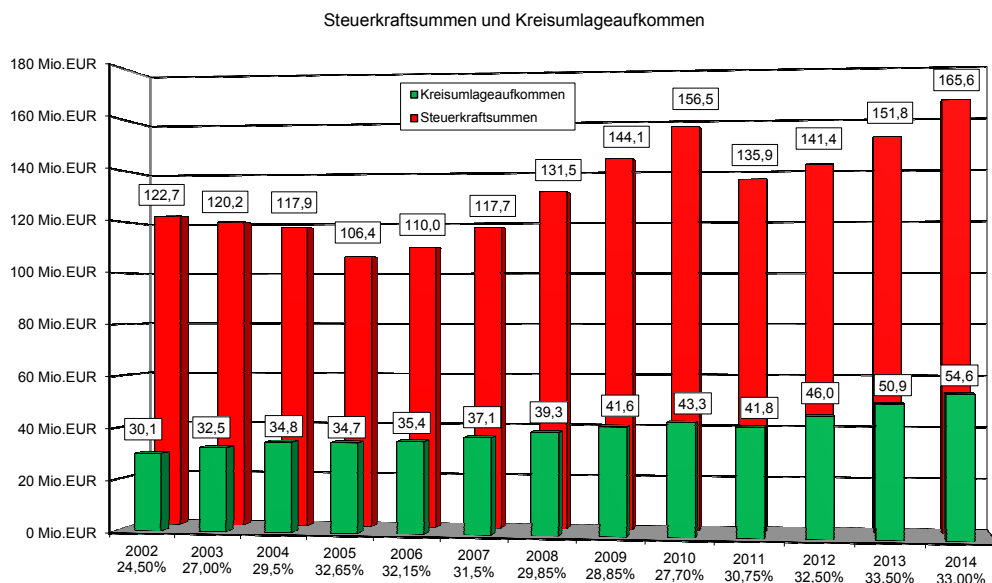


Aufgrund der guten wirtschaftlichen Lage hat die Steuerkraftsumme von 2011 auf 2012 um 13,8 Mio. EUR bzw. 9% zugenommen. Der Landesdurchschnitt liegt bei 8%. Dass der Landkreis Calw über dem Landesdurchschnitt liegt, ist sehr erfreulich.

Durch den Zensus verringert sich die Einwohnerzahl des Landkreises um knapp 6.000 Menschen, davon werden 2014 50% bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen berücksichtigt. Dieser Rückgang wird durch die Erhöhung des Kopfbetrages um 31 EUR weitgehend ausgeglichen.

Die Schlüsselzuweisungen steigen daher geringfügig um 335.000 EUR.

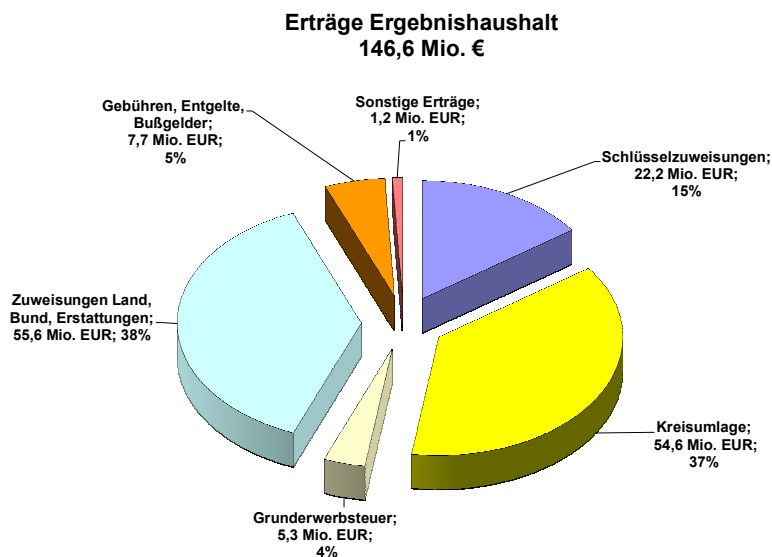
Schaubild Steuerkraft, Kreisumlage



Gesamtergebnishaushalt 2014

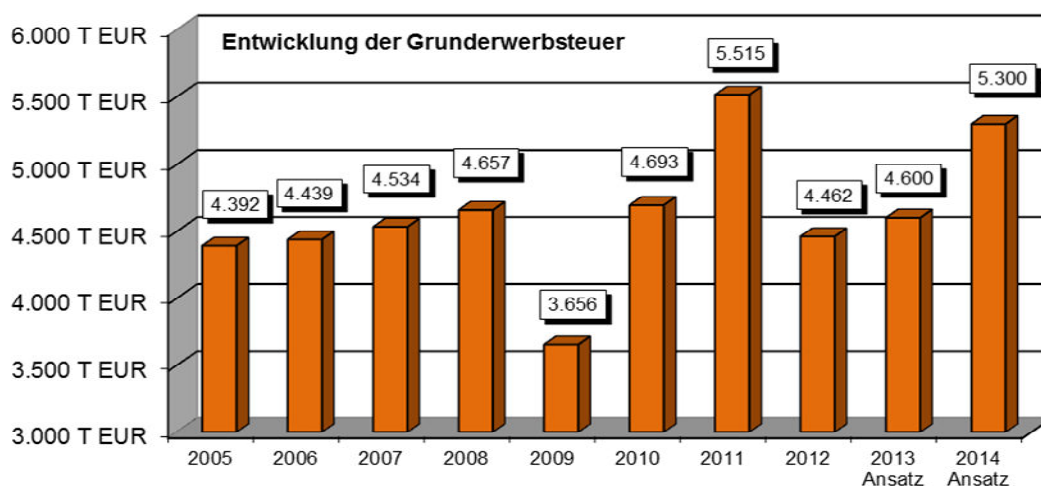
Die Erträge steigen um 6,3 Mio. EUR auf 146,6 Mio. EUR.

Schaubild Struktur der Erträge



53% oder 77,8 Mio. EUR der Gesamteinnahmen sind Zuweisungen und Erstattungen von Bund und Land.

Die Kreisumlage beträgt 54,6 Mio. EUR (37%). Die Grunderwerbsteuer erreicht mit 5,3 Mio. EUR fast wieder das Niveau von 2011.



In der Diskussion über den Haushalt kann man gelegentlich den Eindruck gewinnen, als ob die Höhe der Kreisumlage der wichtigste Haushaltsposten sei. Dem ist bei weitem nicht so – denken wir nur an die Jugend- und Sozialhilfeleistungen.

2014 haben wir Mehraufwendungen von 7 Mio. EUR zu finanzieren. Das sind im Wesentlichen

- Jugend- und Sozialhilfe + 4,1 Mio. EUR
- Personalaufwand + 1,1 Mio. EUR
- Verlustabdeckung der Kreiskliniken Calw gGmbH + 400 TEUR (gegenüber 2013, in der Finanzplanung waren „nur“ 2,5 Mio. EUR berücksichtigt)
- Nachforderungen Enztalbahn + 500 TEUR
- Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen, die bisher im Finanzhaushalt veranschlagt waren + 400 TEUR.

Diesen zusätzlichen Mehraufwendungen stehen lediglich Mehrerträge von 6,3 Mio. EUR gegenüber.

- 2,7 Mio. EUR Transfererträge
- 3,8 Mio. EUR Kreisumlage ist mit 33,0% kalkuliert.

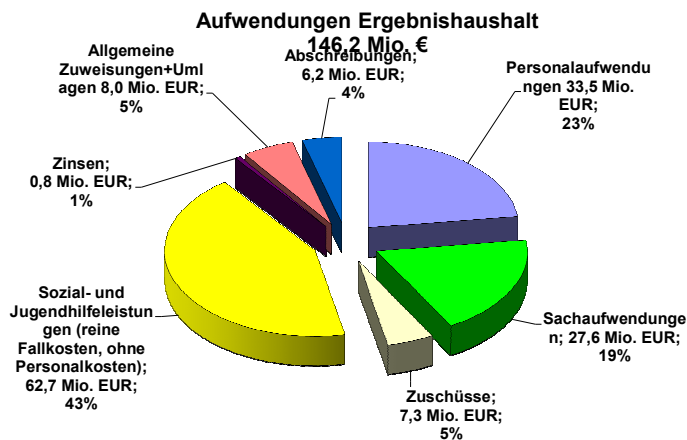
Wir schlagen also trotz der Mehrbelastungen eine Senkung der Kreisumlage um 0,5%-Punkte gegenüber diesem Jahr vor!

Eine weitere Senkung kann aufgrund der Ausgabensteigerungen, die wir nicht zu vertreten haben, nicht vorgenommen werden.

Die Kreisumlage liegt 2013 bei 324 EUR pro Einwohner. Der Landesdurchschnitt beträgt 361 EUR/Einwohner. Hätten wir diese Kreisumlage, bekämen wir 5,8 Mio. EUR Mehreinnahmen für Zukunftsinvestitionen.

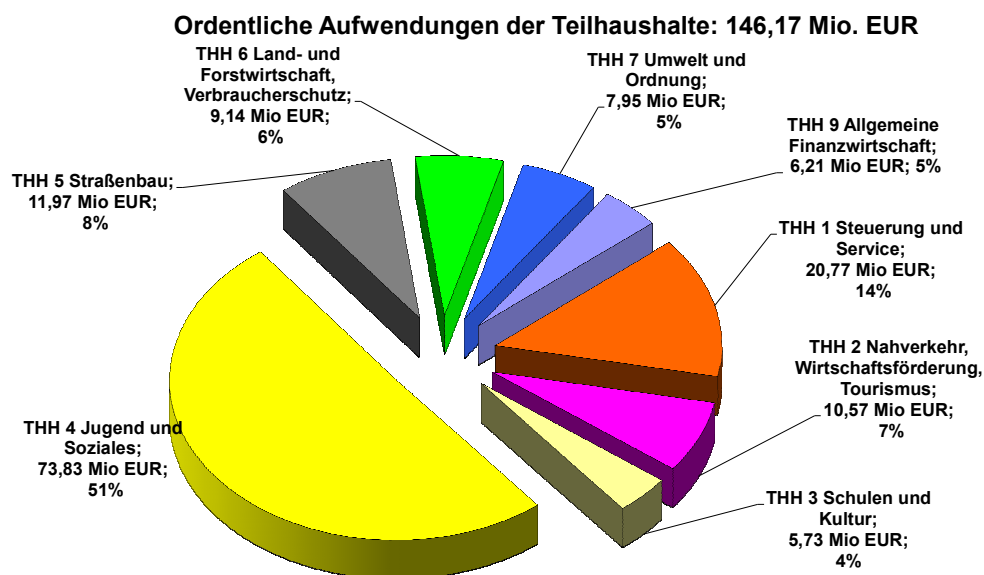
Aufwendungen Gesamtergebnishaushalt 2014

Schaubild Struktur der Aufwendungen



Die Gesamtaufwendungen betragen 146,2 Mio. EUR. Der größte Posten sind dabei die Transferleistungen im Jugend- und Sozialhilfebereich einschließlich der Grundsicherung mit 62,7 Mio. EUR, gefolgt von den Personalaufwendungen mit 33,5 Mio. EUR.

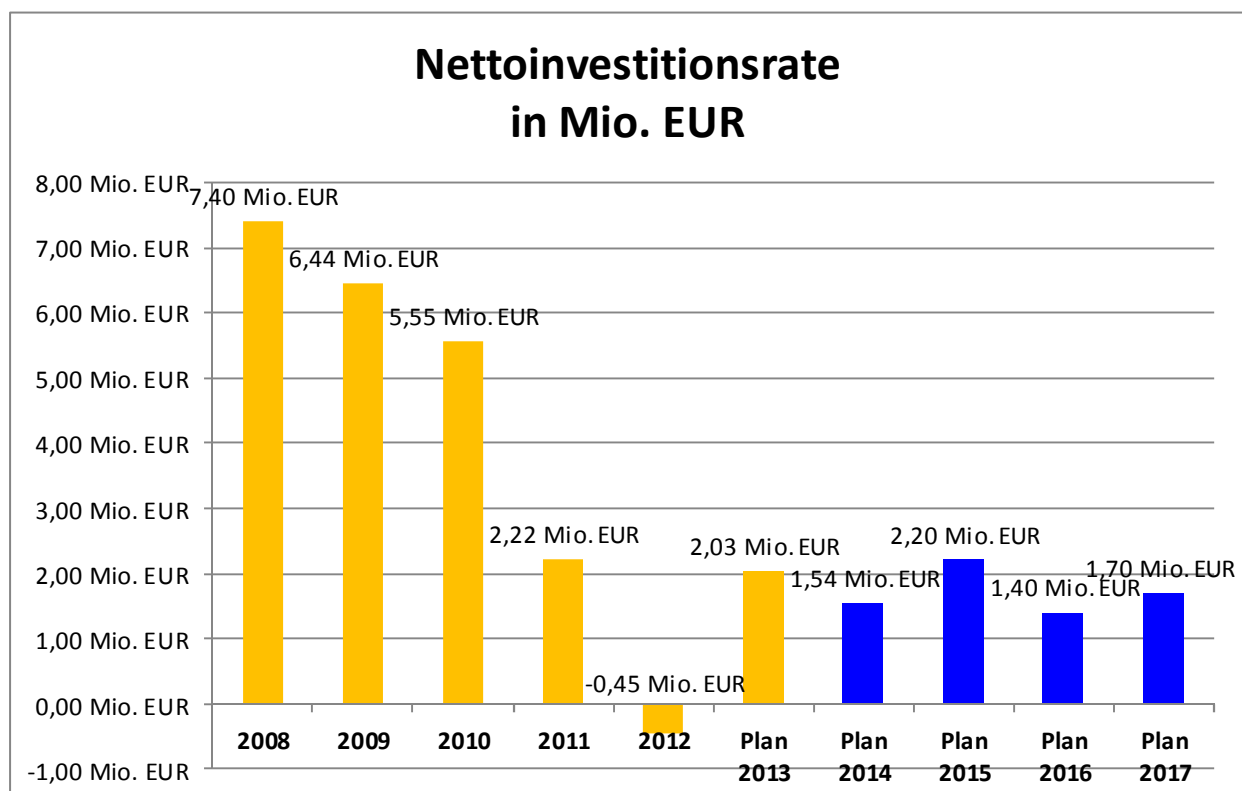
Interessant ist auch die Darstellung der Aufwendungen nach Teilhaushalten.



51% oder 73,8 Mio. EUR benötigen wir für Jugend und Soziales im Teilhaushalt 4 – Aufgaben und Ausgaben, die wir aufgrund von gesetzlichen Vorschriften nicht beeinflussen können.

Der Gesamtergebnishaushalt schließt mit einem Ergebnis von 462.000 EUR ab. Das gesetzlich vorgeschriebene Mindestergebnis wird also gerade so erreicht. Zuzüglich der Abschreibungen ergibt sich ein Zahlungsmittelüberschuss (= frühere Zuführungsrate) im Finanzhaushalt von 3,9 Mio. EUR.

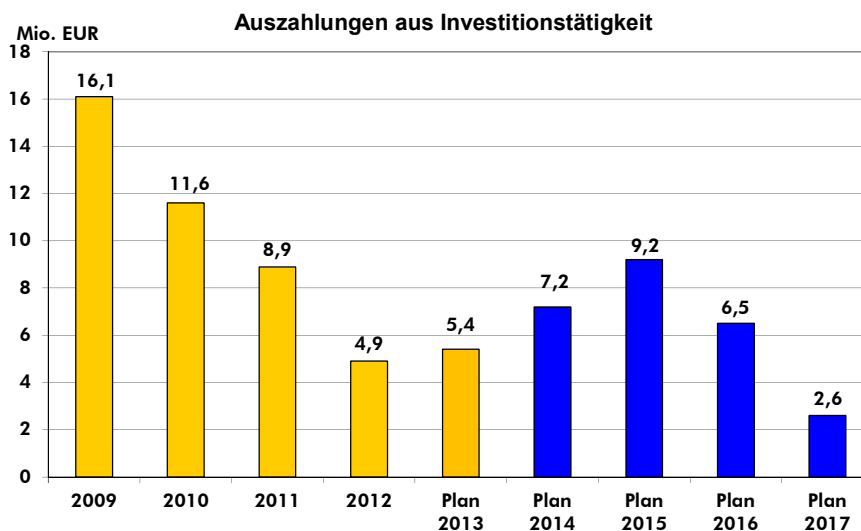
Zieht man vom Zahlungsmittelüberschuss die Tilgung von Darlehen ab, kommt man zur sog. **Nettoinvestitionsrate**, also zur **Eigenfinanzierungskraft des Landkreises für Investitionen**. 2014 sind das dann gerade einmal 1,5 Mio. EUR. Damit wollen wir die Zukunft des Landkreises Calw gestalten? Das heißt, dass wir die notwendigen Investitionen weitgehend mit Krediten finanzieren müssen, soweit keine Zuweisungen vom Bund oder Land zur Verfügung stehen.



Gesamtfinanzhaushalt 2014

Der Gesamtfinanzhaushalt bildet im neuen Rechnungswesen sämtliche Einzahlungs- und Auszahlungsvorgänge ab. Für uns sind hier vor allem drei Zahlen von Bedeutung: Höhe der Investitionen, Tilgung von Darlehen und Kreditaufnahme.

Schaubild Investitionen

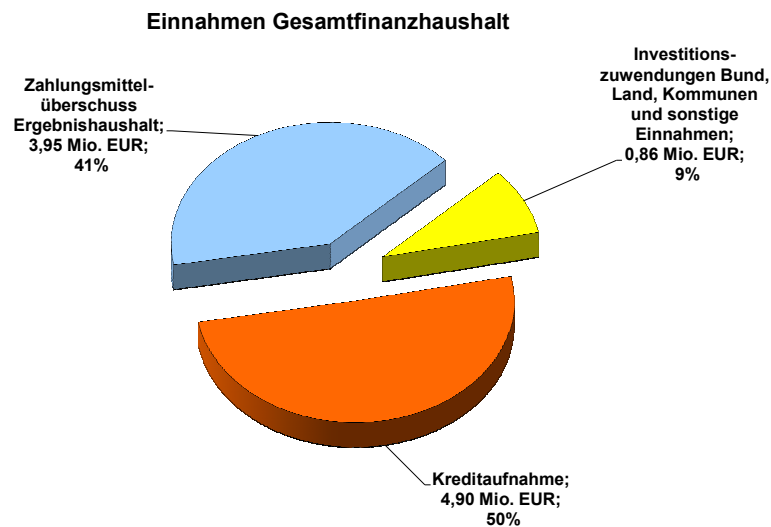


2014 sind Investitionen in Höhe von 7,2 Mio. EUR vorgesehen – ein viel zu bescheidener Betrag für den Landkreis Calw!

Die Investitionsschwerpunkte sind

- Aufstockung und die Werkstattneuordnung im Kreisberufsschulzentrum Nagold mit 1,6 Mio. EUR.
- Fortführung der Planung Hermann Hesse Bahn mit 1,4 Mio. EUR für den GVFG-Antrag
- Ausbau Kreisstraßen mit 2,2 Mio. EUR.

Einnahmen Gesamtfinanzenhaushalt 2014



Der Gesamtfinanzenhaushalt hat folgende Einnahmen:

- 3,9 Mio. EUR Zahlungsmittelüberschuss aus dem Gesamtergebnishaushalt
- 860.000 EUR Investitionszuweisungen vom Land und Bund
- 4,9 Mio. EUR Kreditaufnahmen – abzüglich der Tilgung ergibt sich eine **Nettokreditaufnahme von 2,5 Mio. EUR**. Diese Zahl zeigt eindringlich, dass Eigenmittel zur Finanzierung der Investitionen viel zu gering sind.

Lassen Sie mich zu einzelnen Themen und Haushaltspositionen kommen.

Beginnen möchte ich mit dem größten Bereich – **den Jugendhilfe- und Sozialhilfeleistungen im Teilhaushalt 4**. Dort teilen sich 143 Mitarbeiter 127,5 Stellen, darin enthalten sind die von der Gemeindeprüfungsanstalt ermittelten zusätzlichen 8 Stellen. 2011 waren dies noch 138 Mitarbeiter.

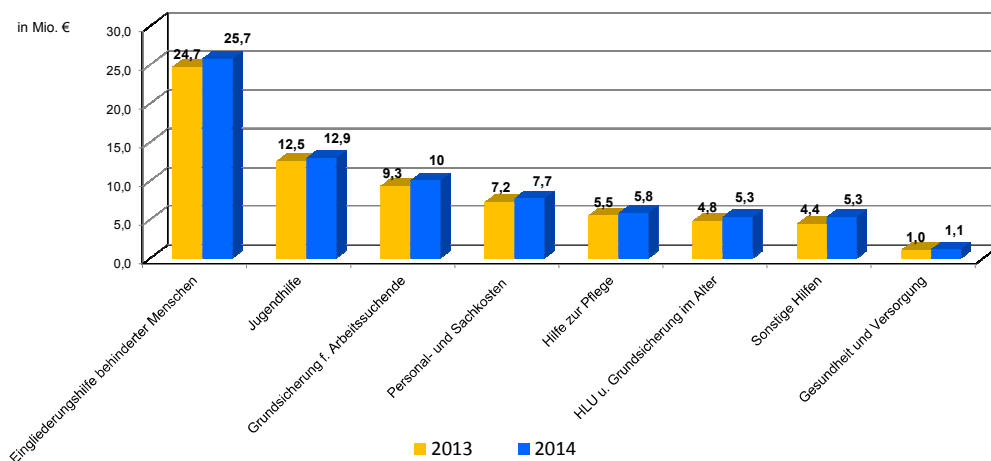
„Zwischen Hoffen und Bangen“ – eine wie ich meine perfekte Definition unseres wie immer größten Teilhaushalts, des Sozialbudgets.

Hoffen, weil wir trotz realistischer Planung nur verhältnismäßig moderate Steigerungsraten erwarten. Bangen, weil seriöse Prognosen für die Zukunft in wesentlichen Bereichen, also der Eingliederungshilfe, der Hilfe zur Pflege und den Leistungen nach dem SGB II nicht möglich sind.

Vorab kurz das Wichtigste:

- wie in den Vorjahren steigen die Fallzahlen
- insbesondere im stationären Bereich ist mit steigenden Vergütungssätzen zu rechnen
- eine Kostenbeteiligung des Bundes bei der Eingliederungshilfe ist unerlässlich
- trotz günstiger Wirtschaftslage steigt die Zahl der Langzeitarbeitslosen.

Jugend- und Sozialhilfe im Überblick:



Das Schaubild zeigt, dass der mit Abstand größte Einzelposten die Eingliederungshilfe behinderter Menschen mit 25,7 Mio. EUR ist, gefolgt von der Jugendhilfe mit knapp 13 Mio. EUR und der Grundsicherung mit 10 Mio. EUR.

Insgesamt werden im Sozialdezernat einschließlich der Bedarfsgemeinschaften vom Jobcenter rd. 6.200 Fälle bearbeitet. Der Sozial- und Jugendhilfeeat ist mit 73,8 Mio. EUR 1,35-fach so hoch wie die Kreismusumlage (54,6 Mio. EUR). So erhalten beispielsweise

	Jugend-Sozialhilfeleistungen, einschl. Grundsicherung (Transferaufwand)	Kreisumlage
Altensteig	4,74	4,12
Calw	10,8	7,94
Bad Herrenalb	2,9	2,29

Bei der **Eingliederungshilfe für Behinderte** steigt der Zuschussbedarf von 2012 nach 2013 um ca. 2,1 Mio. Euro, im nächsten Jahr „nur“ noch um 700.000 Euro. Die Ursachen für diese Entwicklung sind in erster Linie im Bereich der Einnahmenakquise zu suchen. Des Weiteren bemühen wir uns intensiv, kostengünstige und trotzdem tragfähige Lösungen für die behinderten Menschen zu finden. Erfolgreich – wie der Quervergleich mit den anderen baden-württembergischen Stadt- und Landkreisen zeigt.

Trotzdem ist auch in Zukunft mit jährlichen Steigerungsraten im hohen 6-stelligen Bereich zu rechnen. Die Fallzahlenanstiege sind einer sich stetig verbessernden medizinischen Versorgung bei Frühgeburten, der besonderen demografischen Entwicklung von Menschen mit Behinderungen und einer noch immer deutlichen Zunahme der Zahl psychischer Erkrankungen geschuldet. Zusätzliche, im Rahmen der Inklusion entstehende Aufwendungen sind dabei noch nicht berücksichtigt.

Die Beteiligung des Bundes an der Eingliederungshilfe muss deshalb auch gegenüber der neuen Regierung intensiv verfolgt werden. Schließlich ist nur so eine gleichermaßen wirksame wie dauerhafte Entlastung der kommunalen Ebene von dieser – unstreitig gesamtgesellschaftlichen – Aufgabe möglich.

Kostensteigerungen verzeichnet auch die **Hilfe zur Pflege**. Verantwortlich hierfür sind nicht steigende Fallzahlen sondern der Druck, der von den Einrichtungsträgern aufgebaut wird. Und: Die Träger finden bei der Sozialgerichtsbarkeit Gehör. Erst kürzlich hat uns das höchste deutsche Sozialgericht, das Bundessozialgericht in Kassel, verurteilt, an einen freien gemeinnützigen Träger, Mitglied des Diakonischen Werks Württemberg und größter Altenhilfeträger in Süddeutschland, Gewinnzuschläge zu bezahlen.

Unterbringung von Asylbewerbern. Hier kommen mehrere Faktoren zusammen. Der unbegrenzte Zustrom wird durch die neue Unterbringungskonzeption des Landes verschärft. Statt bislang 4,5 müssen künftig 7,5 Quadratmeter Wohnfläche pro Asylbewerber bereitgestellt werden. Die Anfang des Jahres bezogene zweite Unterkunft in Bad Wildbad ist bereits voll.

Derzeit wird das ehemalige Altenheim Waldeck in Nagold bezogen (Gesamtinvest 340.000 EUR). Parallel dazu sind wir auf intensiver Suche nach weiteren Unterkünften. Wenn der Zuschussbedarf trotz dieser Rahmenbedingungen sinkt, hängt dies mit den Erstattungsregularien des Landes zusammen. Die einmalige Pauschale führt bei hohen Zugangszahlen kurzfristig zu Mehreinnahmen. Die dieser Pauschale zugrunde liegenden Verweildauern sind völlig unrealistisch, zumal Abschiebungen nur in seltenen Ausnahmefällen durchgeführt werden. Mittelfristig ist deshalb auch hier mit steigenden Kosten zu rechnen. Von 2012 auf 2014 stieg der Nettoressourcenbedarf von 880.000 EUR auf 1,2 Mio. EUR.

Sorgen bereitet uns die **Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten**. Hier wird sich der Zuschussbedarf im Jahr 2014 auf knapp 500.000 Euro nahezu verdoppeln. Ursache ist eine deutlich zunehmende Zahl – insbesondere jüngerer – Menschen mit multiplen Problemlagen, die von der seit fast 30 Jahren im Landkreis angesiedelten Erlacher Höhe aufgenommen, betreut und rehabilitiert werden. Die Leistungseinschränkungen im Bereich des SGB II wirken sich hier kostensteigernd aus. Genau genommen haben wir es mit einer Verlagerung seitens des Bundes auf die kommunale Ebene zu tun.

Trotz aller Kostensteigerungen steigt der Zuschussbedarf im gesamten Sozialhilfehaushalt um moderate 1,5% oder 500.000 EUR. Ursache dafür ist die Anhebung der Kostenbeteiligung des Bundes bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung auf nun 100% - eine Verbesserung um 1,5 Mio. EUR in 2014.

Ein weiterer Schwerpunkt im Sozialdezernat ist die **Jugendhilfe**; dort sind 69 MitarbeiterInnen beschäftigt, der Etat beträgt 16,2 Mio. EUR. Auch hier sind Fallzahlen- und Kostensteigerungen zu verzeichnen, letztere allerdings in erheblich geringerem Umfang als im laufenden Jahr. Hauptgrund hierfür ist eine Seitwärtsbewegung bei

den stationären Hilfen. Wir konnten die Zahl der Heimunterbringungen im Vorjahresvergleich sogar geringfügig reduzieren.

Voll im Einsatz ist unser **Fachdienst „Frühe Hilfen“** mit 4 Mitarbeiterinnen, dessen wertvolle Arbeit in einem sehr frühen Stadium ansetzt. Die Zukunft wird zeigen, dass die Arbeit des Fachdienstes langfristig zu einer Entlastung der Jugendhilfe führt.

Das **Jobcenter** hat unsere Erwartungen nicht erfüllt. Waren Kostensteigerungen im Jahr 2012 mit den üblichen Anlaufschwierigkeiten entschuldbar, erwarteten wir 2013 nach erfolgter Konsolidierung einen Rückgang bei der Zahl der Bedarfsgemeinschaften, zumal die Lage auf dem Arbeitsmarkt die Erwartung ohne weiteres rechtfertigte. Eingetreten ist das Gegenteil. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften und damit die Kosten für den Landkreis sind 2013 angestiegen. 2014 rechnen wir für die Grundsicherung mit Aufwendungen von 10 Mio. EUR, denen Erstattungen und Zuweisungen von lediglich 4,9 Mio. EUR gegenüberstehen. Mir ist sehr wohl bewusst, dass die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen problembehaftet ist. Andererseits können wir angesichts der Arbeitsmarktsituation im Landkreis Calw erwarten, dass sich die Zahl der Vermittlungen im Durchschnitt vergleichbarer Jobcenter bewegt.

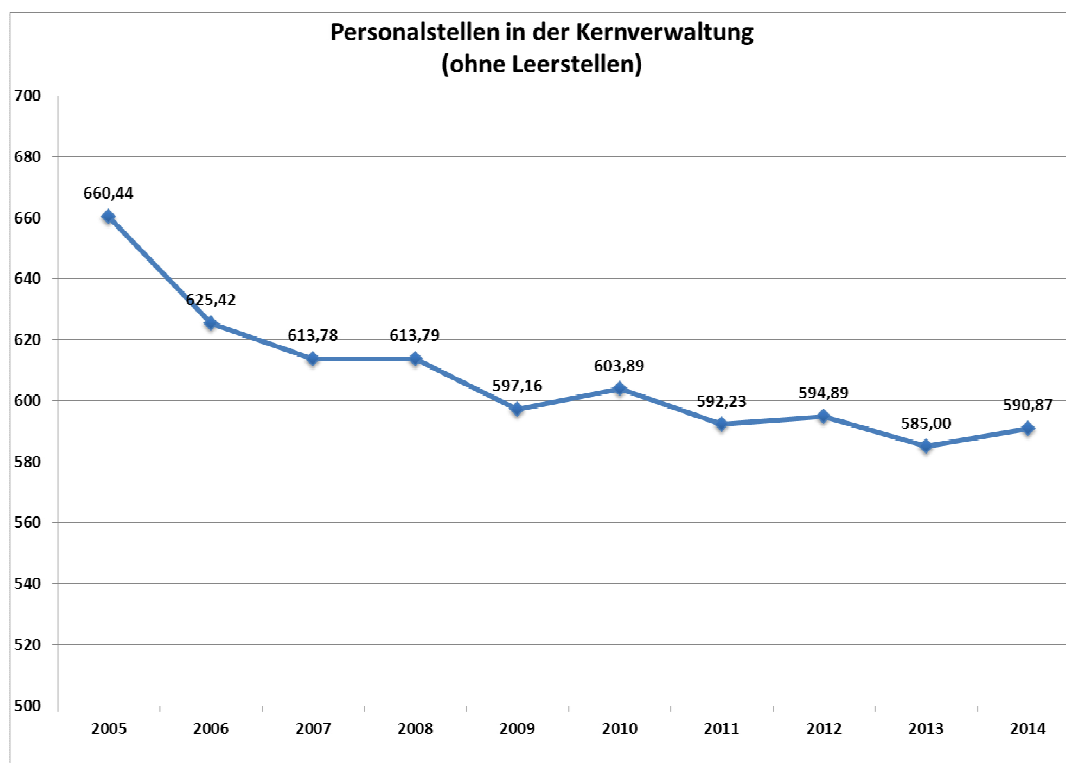
Trotzdem gehört unser Landkreis noch immer zu den Kreisen mit der geringsten Sozialkostenbelastung im Land bezogen auf die Aufwendungen pro Einwohner. Derzeit belegen wir Platz 40 unter den 44 Stadt- und Landkreisen. Vor uns liegen nur einige sog. „Kragenkreise“, Landkreise, die um einen Stadtkreis herum liegen. All dies macht deutlich, welch engagierte und gute Arbeit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialdezernats erbringen – ohne dass berechnete Ansprüche versagt werden.

Personal und Stellenplan 2014

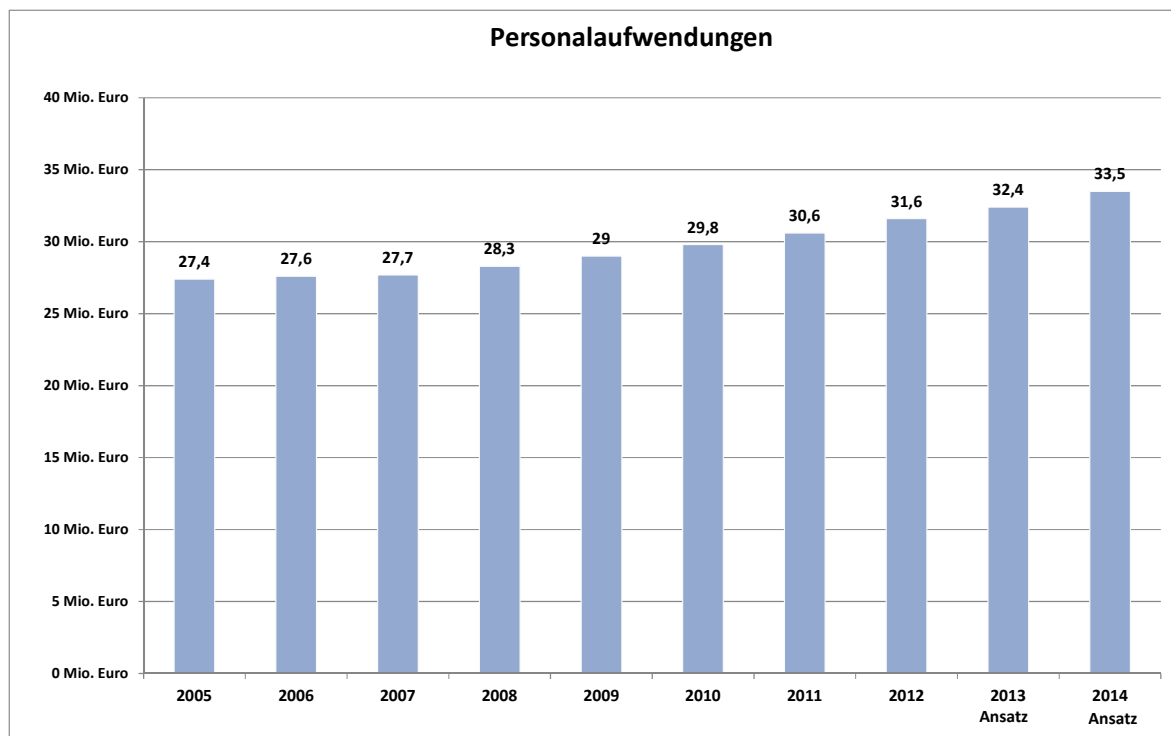
Der bedeutendste Posten im Teilhaushalt 1, Steuerung und Service ist der Personaletat mit rund 750 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – verteilt auf 590 Stellen. Damit ist das Landratsamt Calw weiterhin einer der größten Arbeitgeber im Landkreis Calw. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landkreises sind mit ihrem Engagement der Garant für eine bürgernahe und effiziente Dienstleistungsverwaltung. Sie tragen mit

ihrem Wissen und mit ihren Fähigkeiten zur Wertschöpfung bei. In diesem Sinne sind die Kolleginnen und Kollegen kein Kostenfaktor, sondern Nutzenstifter für die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis.

Gegenüber 2013 werden in der Summe 6 Stellen neu geschaffen. Die größten Veränderungen ergeben sich dabei im Bereich Jugendhilfe. Nach dem von der Gemeindeprüfungsanstalt erstellten Organisationsgutachten sind dort 8,05 Stellen zusätzlich erforderlich. Dazu kommt noch die vom Kreistag im Bereich der Frühen Hilfen bereits bewilligten Stelle. Trotz des Abgangs von annähernd sieben Stellen in anderen Aufgabenfeldern, wie Forst, Tourismus und Vermessung ergibt sich somit ein Stellenmehrbedarf. Dies führt zur Erhöhung der Gesamtstellenzahl in der Kernverwaltung um 6 auf 590,87 Stellen.



Somit steigt der Personaletat von 32,4 Mio. EUR auf 33,5 Mio. Euro.



Neben dem zusätzlich erforderlichen Personal sind dafür eine Vielzahl weiterer Faktoren wie Tarif- und Besoldungssteigerungen, Stufensteigerungen, Beförderungen, Höhergruppierungen, Wiederbesetzung von Altersteilzeitstellen und Steigerungen bei den Umlagen für Versorgungsempfänger verantwortlich. Bei der Besoldung der Beamten muss mit 2,75 % gerechnet werden; während wir bei den Beschäftigten mit einer Erhöhung von 2,5 % rechnen.

Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass unseren Personalkosten direkte und indirekte Erstattungen gegenüberstehen. Vor allem für die übernommenen Landesaufgaben, für Waldarbeiter, Straßenwärter und die Mitarbeiter im Jobcenter. Diese Erstattungen belaufen sich auf rd. 16 Mio. EUR. Das sind fast 52 % der Gesamtpersonalkosten.

Die Personalaufwendungen für originäre Kreisaufgaben betragen daher noch rd. 17 Mio. EUR.

Ob die vom Landkreistag favorisierte Übernahme der Beamten des höheren Dienstes durch die Landkreise kommen wird, muss man sehen. Bei uns sind 32 Personen betroffen. Ich fordere auf jeden Fall, dass eine auch tatsächlich erzielbare Effizienzren-

dite und ein voller Kostenausgleich im FAG geregelt werden. Es kann und darf nicht sein, dass staatliche Aufgaben über die Kreisumlage finanziert werden.

Straßeninfrastruktur

Kreisstraßen (Etat: 9,2 Mio. EUR)

Im Juni 2013 wurde die Kreisstraße 4339 zwischen Egenhausen und Walddorf dem Verkehr frei gegeben:



Der Ausbau dieser Kreisstraße zeigt, wie schnell ein Straßenbauprojekt umgesetzt werden kann, wenn alle Rahmenbedingungen stimmen. Ist dies nicht der Fall, können bis zum Baubeginn zwischen 10 und 15 Jahre vergehen. Anders bei der K 4339: von der Aufnahme in das Ausbauprogramm des Landkreises im Jahr 2008 sind bis zum Beginn der Baumaßnahme im April 2012 gerade einmal vier Jahre vergangen.

Solche Projekte wünsche ich mir auch weiterhin.

Auf Grund der nur begrenzt zur Verfügung stehenden Fördermittel im kommunalen Straßenbau und der hohen Auslastung des aktuellen Förderprogramms werden derzeit aber keine neuen Straßenbauprojekte in das Förderprogramm nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) aufgenommen.

Die Entscheidung über ein Nachfolgeprogramm für das 2019 auslaufende Förderprogramm ist unbedingt erforderlich.

Ohne die Landesförderung ist es dem Landkreis nicht möglich, Straßenbauprojekte durchzuführen. Gerade im Straßenbau wurde im Landkreis in den vergangenen Jahren viel geleistet und soll auch in den kommenden Jahren geleistet werden, sofern die finanziellen Rahmenbedingungen stimmen.

Für das Jahr 2014 ist der Beginn des Ausbaus der K 4334 zwischen Ettmannsweiler und Heselbronn vorgesehen (3,3 Mio. EUR). Leider die einzige noch nicht begonnene Ausbaumaßnahme, für die dem Landkreis eine Zuschussbewilligung nach LGVFG vorliegt.

Weiterhin in Vorbereitung für die Jahre 2015 ff sind noch drei weitere Ausbaumaßnahmen:

- K 4366, Ausbau der Ortsdurchfahrt Aichelberg (1,8 Mio. EUR)
- K 4300, Ausbau zwischen Gechingen und Sieben Tannen (3,1 Mio. EUR)
- K 4374, Ausbau zwischen Ostelsheim bis Gewerbegebiet Sohlengrund (1,1 Mio. EUR)

Im Jahr 2012 wurden im Kreishaushalt erstmals 1,8 Mio. Euro für Erhaltungsmaßnahmen auf Kreisstraßen zur Verfügung gestellt. Für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 wurde diese Summe erneut veranschlagt. Zu den Erhaltungsmaßnahmen zählen nicht nur die Belagsmaßnahmen, auch Sanierungsarbeiten an den Bauwerken der Kreisstraßen sind erforderlich.

Nach 2009 wurde in diesem Jahr die Zustandserfassung und –bewertung der Kreisstraßen neu durchgeführt und das sich daraus ergebende Maßnahmenkonzept am 30.09.2013 im Verwaltungsausschuss beschlossen.

Es hat sich gezeigt, dass die Erhöhung der Haushaltsmittel für die Erhaltung des Kreisstraßennetzes äußerst positiv auf den Zustand der Kreisstraßen ausgewirkt hat. Die überfälligen Streckenabschnitte im vordringlichen Sanierungsbedarf konnten deutlich reduziert werden. Aktuell sind noch rund 63,6 km im vordringlichen Bedarf. Haushaltsmittel von rund 8,5 Mio. Euro werden für die Sanierung dieser Strecken benötigt. Werden auch in den kommenden Jahren Haushaltsmittel im Umfang der Jahre 2012 und 2013 zur Verfügung gestellt, können die Streckenabschnitte in den nächsten fünf bis sechs Jahren vollständig saniert werden.

Landesstraßen (Etat: 3 Mio. EUR)

Die Landesregierung hat im Jahr 2012 den Entwurf des Maßnahmenplans zum Generalverkehrsplan veröffentlicht. Der neue Maßnahmenplan soll in den Jahren 2015 ff umgesetzt werden. Der Ausbau der L 353 in der Ortsdurchfahrt Unterschwandorf und zwischen Iselshausen und Unterschwandorf ist als einzige Ausbaumaßnahme im Landkreis Calw im Maßnahmenplan enthalten, der Ausbau muss nun auch zeitnah kommen.

Nach wie vor ist der Sanierungsbedarf bei den Landesstraßen sehr hoch. Der schlechte Zustand ist für jeden Autofahrer zu spüren.

Auf Grund nicht ausreichender Mittel, kann der Straßenbetriebsdienst oft nur die allernötigsten Unterhaltungsmaßnahmen durchführen.

Das Land muss sowohl für die Erhaltungsmaßnahmen als auch für die Unterhaltung durch den Straßenbetriebsdienst mehr Mittel zur Verfügung stellen, um den fortschreitenden Verfall der Landesstraßen aufzuhalten.

Bundesstraßen (Etat: 1,7 Mio. EUR)

Der Zustand der Bundesstraßen im Landkreis Calw ist im Gegensatz zu den Landesstraßen deutlich besser.

Nicht nachvollziehbar ist die drohende Abstufung der B 28. Die Resolution zur B 28 wurde sowohl der Regierungspräsidentin als auch dem Verkehrsminister persönlich übergeben. Die B 28 **muss** im Landkreis erhalten bleiben.

Auch bei den Bundesstraßen sehe ich Handlungsbedarf. Ein teilweise 3-streifiger Ausbau bestehender Abschnitte bei Bundesstraßen im Landkreis verbessert nicht nur den Verkehrsfluss, sondern bietet vor allem auch eine deutlich bessere Verkehrssicherheit.

Die Verkehrsinfrastruktur im ländlichen Raum muss dringend in den Fokus der Verkehrspolitik von Bund und Land gerückt werden. Es ist keine neue Erkenntnis des 21. Jahrhunderts, dass eine gute Verkehrsinfrastruktur für den Wohlstand und die Entwicklung einer Region unerlässlich ist. Schon zu Zeiten der Römer waren Straßen notwendig, um Handelswaren zwischen den römischen Provinzen und Rom zu transportieren. Siedlungen und Arbeitsplätze sind schon immer überall dort entstanden, wo gute Verkehrswege sind. Deshalb sollte die neue Bundesregierung so schnell wie möglich, die Mittel für die Infrastruktur deutlich erhöhen und sich nicht scheuen, eine Maut einzuführen.

Immobilienmanagement

Mit dem Haushalt 2014 werden erstmals alle Gebäudekostenstellen zentral bei der Produktgruppe 1124 dargestellt. Dort werden sie zur besseren Übersichtlichkeit auch noch in Kostenstellengruppen zusammengefasst. Damit lassen sich in den kommenden Haushaltsjahren Veränderungen in den Kostenstrukturen der Gebäude kompakt und übersichtlich erkennen. Die Gebäudekosten werden den Produkten bzw. Produktgruppen per innerer Verrechnung weitergegeben.

Die Erweiterung am Kreisberufsschulzentrum Nagold ist zu den Sommerferien 2013 angelaufen und wird zum Schuljahresbeginn 2014/2015 dem Schulbetrieb übergeben. Daneben wird die Werkstattneuordnung am Kreisberufsschulzentrum Nagold die Haushaltsjahre 2014 und 2015 mit bestimmen.

In allen größeren Liegenschaften stehen größere Erhaltungsmaßnahmen an. Am Kreisberufsschulzentrum Calw stehen weitere Fassadensanierungen an, ferner energetische und technische Sanierungen. Am Kreisberufsschulzentrum Nagold wird die Sanitärkernsanierung 2014 abgeschlossen.

Schulen, Kultur, Sport

Angesichts der sich stark verändernden demografischen Entwicklungen, betrieblichem Nachfrageverhalten sowie neuer Konzepte im Sonderschulbereich wurde der Schulentwicklungsplan des Landkreises erstellt und die ersten Maßnahmen im Jahr 2012 in Angriff genommen.

Zwischenzeitlich ist zum Schuljahresbeginn 2013/2014 das Wirtschaftsgymnasium an der Kaufmännischen Schule in Nagold mit 30 Schülerinnen und Schülern in Betrieb gegangen. Dem Raumbedarf des Kreisberufsschulzentrums Nagold wird durch die derzeit laufenden Baumaßnahmen Rechnung getragen - hier konnten wir vor einigen Wochen bereits Richtfest feiern.

Der Schuletat sieht wie folgt aus:

Baumaßnahmen	1,8 Mio. EUR
Beschaffung von Maschinen und Geräten	0,9 Mio. EUR
Laufender Schulbetrieb	8,2 Mio. EUR
Zwischensumme	10,9 Mio. EUR
Zuweisungen vom Land, Entgelte	4,4 Mio. EUR

Seit diesem Schuljahr besteht eine Klasse zur Kooperativen Bildung und Vorbereitung auf den Allgemeinen Arbeitsmarkt (KoBV) der Johann-Georg-Doertenbach-Schule in Kooperation mit der Karl-Georg-Haldenwang-Schule.

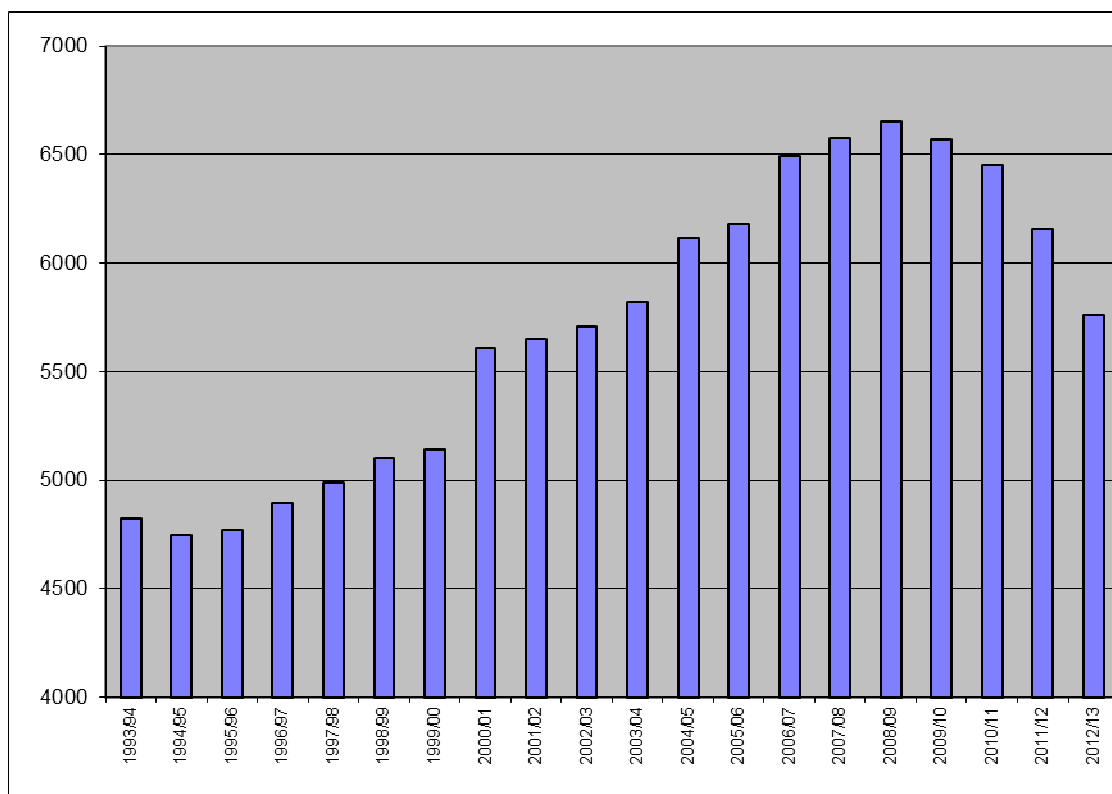
Die berufsvorbereitende Einrichtung (BVE) am Kreisberufsschulzentrum Calw wurde ausgebaut.

Außerdem sind im aktuellen Schuljahr Kooperationen verschiedener Förderschulen im Landkreis in Zusammenarbeit mit der Johann-Georg-Doertenbach-Schule Calw und der Gewerblichen Schule Nagold angelaufen.

Vorrangiges Ziel unseres Angebots ist es, die Chancen der Jugendlichen auf eine berufliche Eingliederung durch die Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit in möglichst enger Zusammenarbeit mit den Betrieben zu erhöhen.

Erstmals sind wir zu Beginn des Schuljahres 2013/2014 mit Auswirkungen der Regionalen Schulentwicklung (Kleinklassenproblematik) konfrontiert worden. Mit dieser Thematik werden wir uns künftig weitaus stärker befassen müssen als bisher.

Entwicklung der Schülerzahlen in den letzten 20 Jahren



Unsere Schulen und unser Schulkindergarten wurden im Schuljahr 2012/2013 von insgesamt 5.761 Schülerinnen und Schülern bzw. Kindern besucht – 399 weniger als im vergangenen Schuljahr! Wir spüren die Auswirkungen der demografischen Entwicklung von Jahr zu Jahr, bauen aber unsere Bildungsangebote aus, um den Kindern und Jugendlichen beste Bildungsvielfalt zu bieten.

Land- und Forstwirtschaft und Verbraucherschutz

Förderanträge für landwirtschaftliche Betriebe von 6,5 Mio. EUR werden in der **Abteilung Landwirtschaft und Naturschutz** bearbeitet. Wenn auch infolge der EU-Vorgaben der Verwaltungsaufwand enorm ist, ist diese Förderung für den Kreis Calw aus zwei Gründen sinnvoll und notwendig: Die Landwirte erhalten durch ihre Bewirtschaftung auf oft wenig ertragreichen Flächen die wunderschöne Kulturlandschaft im Kreis Calw. Unsere einzigartige Landschaft ist ein unverzichtbarer Baustein für eine attraktive Tourismusbranche im Kreis. Zum anderen werden die Fördermittel von den Landwirten hier vor Ort investiert und tragen so zur Erhöhung der regionalen Wertschöpfung bei.

Unter der Betreuung der **Abteilung Waldwirtschaft** wurden im Staats- und Kommunalwald 250.000 Festmeter eingeschlagen und vermarktet und rd. 18 Mio. EUR Holzerlöse erzielt. Dem Kreishaushalt fließen durch Dienstleistungen der Waldarbeiter und Förster rd. 3,7 Mio. EUR zu.

Nach der Umbauphase 2010/2011 war das Jahr 2012, in dem auch im Juni der 40. Geburtstag des **Waldschulheims Burg Hornberg** gefeiert wurde, wieder das erste im „Normalbetrieb und auf Anhieb wieder fast vollständig ausgebucht - 1.531 Gäste, davon 1.277 Schüler mit 7.413 Übernachtungen.

Mit der Errichtung eines **Nationalen Waffenregisters** wird die Voraussetzung geschaffen, die in den Waffenbehörden erfassten Informationen in eine zentrale Datenbank zu überführen. Im Landkreis Calw gibt es rd. 2.200 Waffenbesitzer mit rd. 10.000 Waffen (ohne die Waffenbehörden der Städte Calw und Nagold). Etwa die Hälfte der übertragenen Datensätze ist fehlerhaft und muss in aufwändiger Kleinarbeit korrigiert werden.

Der **Verbraucherschutz** steht immer mehr im Fokus der Öffentlichkeit. Im nächsten Jahr wird ein weiterer Lebensmittelkontrolleur seine Ausbildung am Landratsamt beenden und ab 2015 für diese Aufgabe zur Verfügung stehen. Insgesamt sind dort sechs Mitarbeiter beschäftigt. Die Finanzierung erfolgt durch Mittel des Landes.

Im **Dezernat 3 – Umwelt und Ordnung** mit seinen 92 Mitarbeitern und einem Nettoressourcenbedarf von 4,3 Mio. EUR führen wir die Genehmigungsverfahren im Bau- und Umweltrecht durch und bringen dazu unsere fachliche Expertise ein. Wir stellen mit der Abteilung Vermessung die Funktionsfähigkeit des Grundstücksverkehrs sicher und stellen GIS-Leistungen zur Verfügung. Wir gewährleisten die öffentliche Ordnung im Bereich des Ausländerwesens und leisten über die Bußgeldverfahren z.B. einen Beitrag zur Verkehrssicherheit. Darüber hinaus ordnen wir die Fluren neu, um attraktivere Strukturen für die Landbewirtschaftung zu erreichen.

Derzeit laufen große Bauvorhaben in unterschiedlichen Stadien wie z. B. der Hochwasserschutz in Gechingen und auch das Bädergroßprojekt in Bad Herrenalb. Darüber hinaus leisten wir mit unserer fachlichen Expertise Beiträge zur Hermann-Hesse-Bahn und auch zur Breitbandversorgung des ländlichen Raumes.

Das angekündigte Energiekonzept haben wir inzwischen ohne Kosten für den Landkreis erstellt. Darin zeigen wir sowohl die Möglichkeiten der Energieeinsparung im Gebäudebereich als auch die Potentiale erneuerbarer Energien auf. Wesentliche Stellschraube ist die Einsparung von Energie bei Gebäuden. Hier haben wir mit der Gemeinschaft der Energieberater e.V. ein wirkungsvolles Instrument, welches bürgernah die fachliche Beratung sicherstellt.

Für die Umsetzung von Maßnahmen im Energiebereich sind allerdings entsprechende Mittel erforderlich.

Beim Thema Windkraft würde ich mich über Anträge freuen, um die erneuerbaren Energien im Landkreis Calw zu befördern. Bisher liegen uns noch keine Anträge vor. Dies liegt vor allem an umfangreichen ökologischen Gutachten, die ihre Zeit brauchen bzw. auch an mangelnden Informationsgrundlagen durch das Land.

Die Arbeit ist von dem Servicegedanken gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern und auch gegenüber unseren Gemeinden geprägt. Umfangreicher Service und maßgeschneiderte Lösungen vor Ort kosten allerdings Zeit und damit auch Personal.

Mobilität und Öffentlicher Personennahverkehr

Das Thema Mobilität ist eines der wichtigsten Zukunftsthemen überhaupt. Insbesondere im ländlichen Raum stehen wir hier vor großen Herausforderungen – auch und gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung mit all ihren Begleiterscheinungen. Deshalb haben wir in diesem Jahr die Überarbeitung des Nahverkehrsplans mit einer Erhebung und Befragung in Auftrag gegeben. Zusammen mit den Kommunen und den Verkehrsträgern wollen wir ein zukunftsfähiges Mobilitätskonzept für unseren Landkreis entwickeln.

Dazu gehören

- als Rückgrat der Schienenverkehr auf der Nagoldtal- und Enztalbahn
- das Projekt Hermann Hesse Bahn Calw – Weil der Stadt – Renningen
- und die Verkehrsunternehmen im Landkreis, die den ÖPNV weitgehend eigenwirtschaftlich gewährleisten.

80% des ÖPNV sind Schülerverkehr, vor dem Hintergrund des Schülerrückgangs und der geänderten Schulpolitik (Gemeinschaftsschule) eine ganz besondere Aufgabe.

Für den ÖPNV und die Schülerbeförderung stellen wir nach Abzug der FAG-Mittel und sonstigen Zuweisungen 2,9 Mio. EUR zur Verfügung (ohne Personal- und Sachkosten):

Schülerbeförderung:

Einnahmen: 4.344.000,00 EUR

Ausgaben: 5.837.000,00 EUR

Finanziert aus Kreisumlage: 1.493.000,00 EUR

Sonst. ÖPNV Schiene (o. Finanzhaushalt HHB)

Einnahmen: 237.400 EUR

Ausgaben: 479.800 EUR

Finanziert aus Kreisumlage: 242.400 EUR

Sonst. ÖPNV Straße

Einnahmen: 1.261.393 EUR

Ausgaben: 2.390.485 EUR

Finanziert aus Kreisumlage: 1.129.092 EUR

Wir wollen neben dem klassischen ÖPNV auf der Schiene und mit dem Bus auch innovativen Systemen wie Bürgerautos u.ä. Raum geben und so die verschiedenen Verkehrsangebote intelligent und sinnvoll verknüpfen.

Abfallwirtschaft

Zunächst kann mit Blick auf die Abfallbilanz 2012 wieder einmal festgestellt werden, dass der Landkreis Calw dank des bereits seit langen Jahren vorhandenen, hochwertigen Hol- und Bringsystems nach wie vor eine Spitzenposition im baden-württembergischen Landesvergleich einnimmt. Dies sowohl bei der Erfassung von Wertstoffen als auch bei der Vermeidung von Restabfall. Ein nach dem In-Kraft-Treten des Kreislaufwirtschaftsgesetzes befürchteter größerer Mengenschwund bei den Wertstoffen durch vermehrte gewerbliche und gemeinnützige Sammlungen konnte bislang verhindert werden. Dies ist insbesondere einer intensiven und zielorientierten Abstimmung mit der unteren Abfallrechtsbehörde sowie dem langjährigen guten und gerne angenommenen Entsorgungsangebot der Abfallwirtschaft im Landkreis Calw zu verdanken.

Die Erfassung von Bio- und Grünabfällen und deren Verwertung im Kompostwerk Oberhaugstett konnten optimiert werden.

Einen wichtigen Beitrag zur Erlössituation wird erneut der Vermarktungsvertrag für Papier leisten, der noch bis Juni 2014 gilt und eine Verlängerungsoption aufweist. Bezüglich des Kontingents des Landkreises Calw, das dieser als Zweckverbandsmitglied an Restabfall an das RMHKW Böblingen zu liefern hat, sind in Folge der momentan stabilen Abfallmengen für das nächste Jahr keine Risiken zu erkennen.

Das gute Jahresergebnis 2012 des Abfallwirtschaftsbetriebes sowie die positive Entwicklung im laufenden Jahr tragen dazu bei, dass **2014 keine Erhöhung der Abfallgebühren notwendig** ist. Die Abfallgebühren bleiben daher auch im 9. Jahr stabil.

Die Photovoltaikanlage auf der Deponie Oberhaugstett ist mittlerweile ans Netz gegangen.

Einen Beitrag zum Klimaschutz leistet die AWG durch die Vermarktung von Hackschnitzeln und Pellets. Die Zusammenarbeit mit dem heimischen Forst konnte weiter intensiviert werden. Im Hackschnitzelbereich wird bis Jahresende voraussichtlich eine Steigerung von ca. 38 % zu verzeichnen sein. Es ist zu hoffen, dass dieser Trend auch im kommenden Jahr anhält.

So ist die AWG GmbH neben der Erfüllung übertragener hoheitlicher Aufgaben auch im nichthoheitlichen Energie- und Abfallwirtschaftsbereich aktiv tätig. Und nicht zuletzt auch durch die Beteiligung an der Umwelt-Service Nordschwarzwald GmbH bietet die Abfallwirtschaft im Landkreis Calw als verlässlicher und kompetenter Partner der Bürger sowie der Gewerbebetriebe ein umfassendes Dienstleistungsangebot an.

Der Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft liegt als Anlage dem Haushaltsplanentwurf bei.

Mittelfristige Finanzplanung und Investitionsprogramm bis 2017

Für die mittelfristige Finanzplanung haben wir folgende Annahmen getroffen:

- Die Steuerkraftsumme steigt 2015 + 3%, 2016 + 5% und 2017 + 4%.
- Die Personalkosten steigen um 2% pro Jahr.
- Die Sach- und sonstigen Aufwendungen steigen um 1,5% pro Jahr.
- Die Grunderwerbsteuer ist mit 5,3 Mio. EUR jährlich eingeplant.
- Der Kreisumlagehebesatz bleibt aus heutiger Sicht bis 2017 stabil bei 33,0%.
- Für die Kreiskliniken gGmbH sind ab 2015 ein Verlustausgleich 2,5 Mio. EUR vorgesehen.

Vor diesem Hintergrund ergibt sich im Gesamtergebnishaushalt ein sehr bescheidenes ordentliches Ergebnis, was sich wiederum auf den Zahlungsmittelüberschuss, also auf die Eigenfinanzierungskraft für Investitionen, auswirkt. Er beträgt in Jahren 2015 bis 2017 zwischen 4,2 Mio. EUR und 4,9 Mio. EUR.

Investitionsprogramm 2015 bis 2017:

- Schulen 2,6 Mio. EUR
- Kreisstraßen 9,6 Mio. EUR
 - Ausbau der K4300 Gechingen – 7 Tannen
 - K4366 Ausbau Ortsdurchfahrt Aichelberg
 - Ausbau der K4374 Ostelsheim – Sohlengrund.

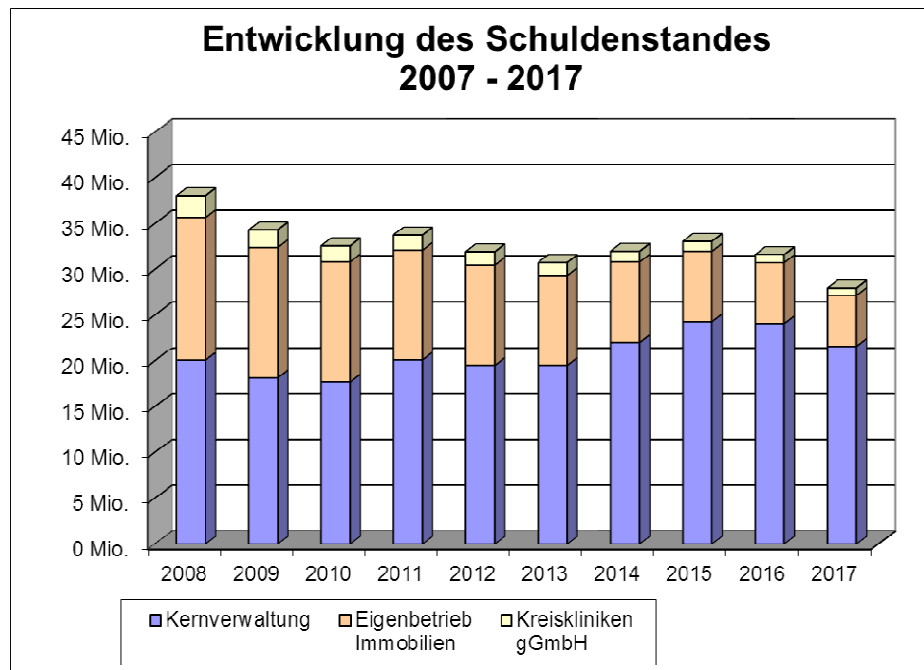
Für die zwei größten und wichtigsten Zukunftsinvestitionen des Landkreises stehen noch keine ausreichenden Planungsgrundlagen zur Verfügung: Die Hermann Hesse Bahn und die Kreiskliniken Calw und Nagold.

Für die Hermann Hesse Bahn haben wir für 2014 Planungskosten von 1,4 Mio. EUR vorgesehen, für 2015 bis 2017 zusammen 4,4 Mio. EUR. Bei Schienenprojekten muss man mit Planungskosten von rd. 15% der Investitionssumme rechnen. Was wir dann an Investitionsmitteln werden veranschlagen müssen, wird sich bei der weiteren Konkretisierung der Planung des Projekts zeigen. Ebenso muss die Landesförderung und die Beteiligung der Kommunen geklärt werden.

Schuldenstand

Aufgrund der äußerst geringen Nettoinvestitionsrate ist es unvermeidlich, die ohnehin bescheidenen Investitionen durch neue Kredite zu finanzieren. Der Schuldenstand des Kernhaushalts beträgt bis Ende 2013 19,5 Mio. EUR und steigt voraussichtlich bis 2017 auf 21,6 Mio. EUR.

Das Schaubild zeigt die gesamten Schulden des Landkreises Calw. Die Schulden des Eigenbetriebs Immobilien Krankenhäuser und die Altkredite der Kreiskliniken Calw gGmbH werden spätestens in 10 Jahre vollständig zurückgezahlt sein.



Wir sollten gemeinsam darüber nachdenken, ob es nicht doch sinnvoll wäre, in finanziellen guten Zeiten den Schuldenstand zu reduzieren. Es ist nur kurzfristig gedacht, wenn man sagt, das ginge zu Lasten der Kreisumlage. Zinsen und Tilgung gehen auch zu Lasten der Kreisumlage. Mittelfristig würde die Kreisumlage jedoch entlastet, weil weniger Zinsen an die Banken zu bezahlen sind.

Fazit und Ausblick

Sehr geehrte Mitglieder des Kreistags: Ich hatte Ihnen zu Beginn meiner Haushaltsrede gesagt, dass wir auf gutem Weg sind, aber keine Zeit zum Zurücklehnen haben. Ich denke, mit den Eckwerten unseres Haushaltsplans habe ich Ihnen den Beleg geliefert. Niemand von uns weiß, wie die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Monaten und Jahren aussehen wird, auch wenn die Forschungsinstitute für 2014 ein leichtes Wachstum erwarten. Und niemand von uns weiß, welchen Kurs die neue Bundesregierung einschlagen wird und wie sich das dann auf die Kreise und Kommunen auswirkt.

Warum erzähle ich Ihnen das? Ich bin mehr denn je davon überzeugt, dass wir als Landkreis Calw unseren Weg gehen müssen und nicht darauf vertrauen können, dass sich die Welt um uns herum zu unseren Gunsten entwickelt. Wir müssen Kurs halten, und das kann nur heißen: Auf der einen Seite ein solider Haushalt und auf der anderen Seite maßvolle Investitionen in die Zukunft.

Es gilt mehr denn je: Wir müssen uns auf unsere Stärken besinnen und mögliche Schwächen abstellen.

Ich halte es da mit der deutschen Fußball-Nationalmannschaft: Die Jungs von Bundestrainer Löw liefern seit Monaten gute Leistungen und überstehen auch brenzlige Situationen, so wie in der vergangenen Woche. Da lag die Mannschaft im WM-Qualifikationsspiel gegen Schweden schon 0:2 zurück und gewann am Ende 5:3.

Was ich damit sagen will: Wir dürfen uns von Rückschlägen nicht entmutigen lassen, sondern müssen gemeinsam an einem Strang ziehen. Dann ist mir um die Zukunft unseres Landkreises nicht bange.

Vielen Dank!